

## Schweiz

17:10, ergänzt 17:57 -- Tages-Anzeiger Online

### Unterschiedliche Reaktionen der Parteien

**Die Grünen bezeichnen den Bundesratsentscheid als eine klimapolitische Katastrophe. Auch die SVP und die FDP sind damit nicht einverstanden, weil sie gegen die CO2-Abgabe sind. Begrüsst wird der Entscheid von der SP und der CVP.**

Der Bundesrat folge dem Vorschlag der CVP nach einer moderaten CO2-Abgabe auf Brennstoffe und einem Klimarappen auf Treibstoffe, schreibt die Partei. Das sei ein vernünftiger und wirtschaftlich tragbarer Mittelweg. Die CVP fordere zudem, einen angemessenen Teil der Mittel aus dem Klimarappen in der Schweiz zu verwenden.

Die SP sei mit dem Grundsatzentscheid des Bundesrates für die CO2-Abgabe auf Brenn- und Treibstoffe sehr zufrieden, sagt SP-Sprecher Jean-Philippe Jeannerat. Die Partei bedaure jedoch, dass der Bundesrat einen Umweg via Klimarappen einschlage. Damit gehe bis 2007 Zeit verloren.

Gegen den Klimarappen auf Zeit ist auch die SVP - aber aus anderen Gründen. Damit werde die CO2-Abgabe durch die Hintertüre eingeführt, sagt SVP-Sprecher Roman Jäggi. Die Schweiz könne die CO2-Ziele nicht einhalten. Er spricht aber von einem Teilerfolg, weil bei den Treibstoffen nur der Klimarappen eingeführt wird.

Am liebsten hätte die SVP aber gar nichts gehabt, weil sie gegen hohe Steuern und Abgaben ist. Deshalb ist die Partei auch bei der Abgabe auf Brennstoffe nicht zufrieden. Die CO2-Abgabe bringe generell nichts, sagt Jäggi. Zudem dürfe der Klimarappen nicht zu einer Worthülse verkommen und mehr als einen Rappen ausmachen.

Die FDP befürwortet die Einführung des Klimarappens auf Treibstoffe, wie die Partei mitteilt. Dieser sei eine effiziente und zielführende Massnahme. Unverständlich und verfrüht sei aber die CO2-Abgabe auf Heizöl.

Prioritär müsste auf freiwillige Massnahmen wie den Klimarappen gesetzt werden. Erst wenn diese Massnahmen nachweislich nicht zu Ziel führten, sei die Einführung der CO2-Abgabe ins Auge zu fassen. Ob eine CO2-Abgabe die gewünschte Wirkung haben würde, sie ohnehin zweifelhaft, schreibt die FDP weiter.

Erzürnt reagieren die Grünen: Den Preis für den Kniefall vor der Auto- und Erdöllobby würden dereinst die Enkel zahlen, schreiben sie. Das sei ein unverantwortlicher Affront. Das CO2-Gesetz verpflichte den Bundesrat, eine CO2-Abgabe einzuführen, wenn die freiwilligen Massnahmen der Wirtschaft wie bewiesen nicht griffen.

Aber anstatt für die bestehende Ziellücke endlich Verantwortung zu übernehmen, habe der Bundesrat einen lahmen Kompromiss verabschiedet. Laut Gesetz müsste der Bundesrat bereits seit einem Jahr die CO2-Abgabe eingeführt haben - insbesondere bei den Treibstoffen, schreiben die Grünen weiter.